

**II-2920 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode**



REPUBLIK ÖSTERREICH
DER BUNDESMINISTER FÜR
ÖFFENTLICHE WIRTSCHAFT UND VERKEHR
DIPL.-ING. DR. RUDOLF STREICHER

A-1030 Wien, Radetzkystraße 2
Tel. (0222) 73 75 07
Fernschreib-Nr. 111800
DVR: 0090204

Zl. 5901/40-Info-87

1266 IAB
1988 -01- 26
zu 1267/J

ANFRAGEBEANTWORTUNG

betreffend die schriftliche Anfrage der
Abg. Dr. Blenk und Genossen vom 27. No-
vember 1987, Nr. 1267/J-NR/87, "Nachtfahr-
verbot auf der Transitstrecke Salzburg -
Lofer (Deutsches Eck)

Ihre Fragen darf ich wie folgt beantworten:

Zu Frage 1:

Ich habe bei allen Gelegenheiten, die sich in der letzten Zeit geboten haben, der deutschen Seite gegenüber immer wieder auf die sich für Österreich ergebende Problematik hingewiesen und bin nachdrücklich für die Nichterlassung dieses Nachtfahrverbotes bzw. zumindest für einen Aufschub eingetreten. Bei den Gesprächen hat die Österreichische Argumentation allerdings durch die Erlassung eines gleichartigen Nachtfahrverbotes auf der Loferer Straße B 312 gelitten.

Zu Frage 2:

Wie vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten bekannt ist, sind Bemühungen im Gange, im Sinne des Art. 20 des Abkommens die Frage der Zulässigkeit eines Nachtfahrverbotes bilateral durch Beamtenkontakte bzw. auf diplomatischer Ebene zu lösen. Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten wird bei den zuständigen deutschen Stellen darauf dringen, daß das Nachtfahrverbot so lange nicht in Kraft gesetzt wird, als das Verfahren nach Art. 20 des Abkommens anhängig ist.

- 2 -

Zu Frage 3:

Eine schiedsgerichtliche Entscheidung könnte nur durch das zuständige Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten herbeigeführt werden. Eine solche Lösung sollte meiner Meinung nach aber nur dann angestrebt werden, wenn die Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung des Abkommens durch Beamtenkontakte und auf diplomatischem Wege nicht erledigt werden können.

Wien, am 25. Jänner 1988

Der Bundesminister

